



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 25. Sitzung

am Mittwoch, dem 10. Juli 2024, 12:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 342/342a des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender
Hauke Göttisch (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Uta Wentzel (CDU)
Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birte Pauls (SPD)
Marc Timmer (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)

Weitere Abgeordnete

Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Volker Nielsen (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vertrauen und Akzeptanz stärken – Entwicklung des Digitalen Euro konstruktiv begleiten	5
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1466	
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	6
	Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 20/1526	
3.	Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)	7
	Berichterstattung: Abgeordnete Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
4.	Bericht aus der Arbeitsgruppe Energie und Nachhaltigkeit der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC)	8
	Berichterstattung: Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
5.	Bericht des Europaministeriums zur Evaluation der Reichweite der Kampagne zur Europawahl 2024	10
	Bitte des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) in der 20. Sitzung am 27. März 2024 und Fortsetzung der Beratung vom 15. Mai 2024	
6.	Bericht der Landesregierung über die Beratungen und Ergebnisse der 95. Europaministerkonferenz (EMK) in Berlin und Bilanz des schleswig-holsteinischen Vorsitzes der EMK	13
	Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) Umdruck 20/3375	
7.	Bericht der Landesregierung über die Zusammenarbeit mit der chinesischen Partnerprovinz Zhejiang	16
	Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) Umdruck 20/3429	
8.	Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2023/2024 (Ostseebericht 2024)	17
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2206	
9.	Terminplan 2025	19
	Umdruck 20/3394	

10.	Information/Kenntnisnahme	20
11.	Verschiedenes	21

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 12:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Vertrauen und Akzeptanz stärken – Entwicklung des Digitalen Euro konstruktiv begleiten

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/1466](#)

(überwiesen am 11. Oktober 2023 an den **Finanzausschuss**, Europaausschuss und Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/2599](#), [20/2604](#), [20/2606](#), [20/2607](#), [20/2608](#),
[20/2609](#), [20/2613](#), [20/2647](#)

Der Europaausschuss beschließt einstimmig bei Abwesenheit der SSW-Fraktion, sich den Voten des federführenden Finanzausschusses sowie des Wirtschaftsausschusses anzuschließen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/1526](#)

(überwiesen am 22. November 2023 an den **Bildungsausschuss** und Europausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/2420](#), [20/2424](#), [20/2486](#), [20/2493](#), [20/2516](#),
[20/2522](#), [20/2530](#), [20/2531](#)

Der Europausschuss beschließt einstimmig bei Abwesenheit der SSW-Fraktion, sich den Voten des federführenden Bildungsausschusses anzuschließen.

3. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Berichterstattung: Abgeordnete Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordnete von Kalben führt in die Vorlage ein ([Umdruck 20/1801](#)).

Angesichts der von der Europäischen Kommission angedachten Reduzierung der Kohäsionsmittel betont Abgeordnete Eka von Kalben, dass aus ihrer Sicht zu den Agrarmitteln eine sehr positive Stellungnahme abgegeben worden sei. Ob dies mit den neuen Mehrheiten im Europäischen Parlament auch in Zukunft gelingen könne, werde sich zeigen. Vor dem Hintergrund der neuen Mehrheiten sei auch die Fortführung des European Green Deal im Auge zu behalten. Der Ausschuss der Regionen habe sich stark für die weitere Umsetzung dieses Großprojekts eingesetzt, obwohl in dem Gremium auch viele konservative Parteien vertreten seien.

Abgeordnete von Kalben bringt sodann den Bericht der Europäischen Kommission zu Arzneimittelengpässen zur Sprache. Dieser sei im AdR einstimmig verabschiedet worden. In der kommenden Legislaturperiode der Kommission gelte es, konkrete Handlungsschritte aus dem Papier abzuleiten und spürbar in die Umsetzung zu kommen.

Abschließend weist Vorsitzender Krüger darauf hin, dass es möglich sei, über den Ausschuss der Regionen Bürgerdialoge zu organisieren.

4. Bericht aus der Arbeitsgruppe Energie und Nachhaltigkeit der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC)

Berichterstattung: Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordnete Täck führt in die Vorlage ein ([Umdruck 20/3474](#)).

Die Frage der Abgeordneten Wentzel, ob es in Deutschland eine Behörde gebe, die dem finnischen National Cyber Security Centre Finland entspreche, verneint Abgeordneter Vöge. So handele es sich etwa bei dem Nationalen Cyber-Abwehrzentrum (Cyber-AZ) nicht um eine eigenständige Behörde, sondern um eine Kooperations-, Kommunikations- und Koordinationsplattform von deutschen Sicherheitsbehörden und weiteren Behörden sowie Einrichtungen unterschiedlicher Ressorts. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) stelle als gastgebende Behörde Räumlichkeiten und Technik für die Aufgabenerledigung des Cyber-AZ in Bonn bereit. Die Einrichtung befasse sich auf der Grundlage eines arbeitstäglichen Austauschs mit Cyber-Sachverhalten oder -Vorfällen und erstelle regelmäßig ein Cybersicherheitslagebild für Deutschland. Zur Bewältigung von Sachverhalten mit gesamtstaatlicher Tragweite würden am Cyber-AZ die individuellen Behördenaktivitäten abgestimmt und koordiniert. Die Umsetzung von Maßnahmen verbleibe aber weiterhin in der Zuständigkeit der jeweiligen Behörde oder Einrichtung. Der Ansatz des National Cyber Security Centre Finland sei demgegenüber umfassender, weil die Einrichtung auch die finnischen Bürgerinnen und Bürger für Risiken im Bereich der Cybersicherheit sensibilisiere, erklärt Abgeordneter Vöge.

Auf Fragen des Abgeordneten Timmer räumt Abgeordnete Täck ein, dass die Arbeitsgruppe Energie und Nachhaltigkeit der Ostseeparlamentarierkonferenz selbst keine Projekte umsetzen könne, weil sie über keinerlei eigene Finanzmittel verfüge. Der Arbeitsgruppe komme die Rolle zu, aus ihrer Sicht lohnenswerte Vorhaben durch Zuspruch zu unterstützen. Die Nationalstaaten seien diejenigen, die aus dem Zuspruch der Arbeitsgruppe gegebenenfalls ableiten, Projekte durchzuführen und Gelder bereitzustellen.

Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Timmer sagt die Berichterstatterin zu, dem Ausschuss aus dem internen Report der Arbeitsgruppe ausführliche Informationen zum Zustand der Energieversorgung zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende Krüger regt abschließend an, den baltischen Raum zeitnah erneut im Ausschuss zu thematisieren. Die Region stehe aktuell vor dem Hintergrund einer möglichen russischen Intervention stark im Fokus.

5. Bericht des Europaministeriums zur Evaluation der Reichweite der Kampagne zur Europawahl 2024

Bitte des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) in der 20. Sitzung am 27. März 2024 und Fortsetzung der Beratung vom 15. Mai 2024

hierzu: [Umdrucke 20/3099](#), [20/3334](#), [20/3371](#)

Europastaatssekretärin Bennett-berichtet stellvertretend für Minister Schwarz über die Evaluation der Kampagne zur Europawahl 2024.

Ziel der Kampagne sei es gewesen, eine möglichst große Reichweite und Aufmerksamkeit für die Europawahl am 9. Juni 2024 zu erzielen. Im Rahmen der Wahlwerbekampagne des Europaministeriums sei vom 13. Mai bis zum 2. Juni 2024 Wahlwerbung über Kanäle wie Google Display, YouTube, Programmatic Display und Video-Apps wie Facebook und Instagram sowie über Spotify ausgespielt worden. Zudem sei in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für politische Bildung die Online-Challenge #wirwähleneuropa umgesetzt worden.

Durch die Werbeaktivitäten seien über alle Kanäle hinweg gut 9,33 Millionen Ad-Requirements und über 17.000 Klicks auf der Website erzielt worden. Die meisten Einblendungen, knapp 40 Prozent, seien über Google Display ausgespielt worden, gefolgt von Facebook und Instagram mit 22 Prozent. Google Display habe eine Reichweite von rund 3,7 Millionen Ausspielungen generiert, über YouTube seien die verschiedenen Videos gut 703.000-mal ausgespielt worden. Programmatic Display habe 1,88 Millionen Ausspielungen und über 9.600 Klicks erreicht. Für Facebook und Instagram seien 2,08 Millionen Ausspielungen bei einer Reichweite von rund 802.000 Personen gemessen werden. Verglichen mit der ersten Phase sei mit bei einer Reichweite von 1,62 Millionen Personen eine deutliche Steigerung erzielt worden.

Die Online-Challenge sei vor allem über Facebook, Instagram und Spotify beworben worden. Die Europastaatssekretärin betont, dass sich zahlreiche Abgeordnete über Parteigrenzen hinweg an der Aktion beteiligt und auf die Wichtigkeit der Europawahl aufmerksam gemacht hätten. Auch viele Mitglieder der Landesregierung hätten mitgewirkt. Die Challenge habe sich auch außerhalb des politischen Raums reger Teilnahme erfreut. Zahlreiche Vereine und Verbände sowie Institutionen hätten sich beteiligt, darunter die Aktivregionen Schleswig-Holsteins, der Landesjugendring, der Landessportverband, DLP, der Paritätische Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein, die IHK oder das Projekt „Gutes vom Hof“. Es sei darum aus Sicht des Ministeriums gelungen, einen Beitrag dazu zu leisten, die Bedeutung des Wahlrechts ins

allgemeine Bewusstsein zu rücken und herauszustellen, welchen Mehrwert Europa auch für Schleswig-Holstein habe.

Ziel dieser zweiten Kampagnenphase sei gewesen, einerseits eine große Reichweite und damit Aufmerksamkeit für die Europawahl zu erzielen sowie andererseits durch Interaktion über die Hashtag-Challenge #wirwähleneuropa dafür zu sorgen, dass möglichst viele vor allem junge Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zur Wahl gingen. Die Wahlbeteiligung sei in Schleswig-Holstein bei der Europawahl 2024 mit 64,4 Prozent etwas besser als vor fünf Jahren ausgefallen, als nur 59,8 Prozent der Wahlberechtigten den Weg zur Wahlurne beschritten hätten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Timmer berichtet Staatssekretärin Benett-Sturies, die Kampagne basiere auf Erkenntnissen, die in Zusammenarbeit mit der Verwaltungshochschule Altenholz gewonnen worden seien. Dort seien im Vorfeld verschiedenen Veranstaltungen – etwa Podiumsdiskussionen – durchgeführt worden. Diese Veranstaltungsformate zu verstetigen, sei mangels entsprechender Finanzierung nicht möglich, dabei habe die Arbeit an der Kampagne gezeigt, dass zum Mehrwert der Europäischen Union viel Aufklärungsarbeit zu leisten sei.

Bezugnehmend auf eine Nachfrage der Abgeordneten Eka von Kalben bestätigt die Europa-Staatssekretärin, dass in den genannten Zahlen auch bereits die durch die Hashtag-Challenge erzielten Klicks enthalten seien.

Abgeordneter Vöge appelliert an die übrigen Abgeordneten, bei künftigen Wahlen fraktionsübergreifend Aktionen in den sozialen Medien anzustoßen und umzusetzen, um die Wahlbeteiligung zu steigern. In Schleswig-Holstein hätten bei der Europawahl 2024 136.000 Menschen mehr gewählt als im Jahr 2019. Die Wahlbeteiligung habe bundesweit bei 64,8 Prozent gelegen. Das sei bereits ein großer Erfolg. Vor 20 Jahren, bei der Europawahl im Jahr 2004, habe die bundesweite Wahlbeteiligung bei 48 Prozent gelegen. Das Interesse an Europa sei demnach deutlich gestiegen.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Eka von Kalben räumt die Staatssekretärin ein, dass es keine Auswertung dazu gebe, welche politische Auffassung diejenigen Personen verträten, die durch die Kampagne erreicht worden seien. Dementsprechend seien die genauen Auswirkungen der Maßnahmen auf das Wahlergebnis aus den Zahlen nicht abzuleiten.

Staatssekretärin Benett-Sturges sagt zu, sie werde die Zahlen zu den Kosten der Wahlwerbekampagne schriftlich nachreichen.

6. Bericht der Landesregierung über die Beratungen und Ergebnisse der 95. Europaministerkonferenz (EMK) in Berlin und Bilanz des schleswig-holsteinischen Vorsitzes der EMK

Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)
[Umdruck 20/3375](#)

hierzu: [Unterrichtung 20/172](#)

Der Abgeordnete Timmer stellt den Ausführungen der Staatssekretärin Benett-Sturied die kritische Bemerkung voran, dass die Landesregierung angekündigt habe, aus eigener Initiative an den Ausschuss heranzutreten, sobald sie zur 95. EMK berichten könne. Stattdessen habe er erst aus der Zeitung von der Konferenz erfahren.

Sodann berichtet die Europastaatssekretärin über die Beratungen und Ergebnisse der 95. EMK unter dem Vorsitz von Europaminister Schwarz. Im Mittelpunkt der Konferenz am 12. Juni 2024 in Berlin habe drei Tage nach der Europawahl die Zukunft der EU gestanden. Es sei ein Beschluss zur zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union gefasst worden, der drei zentrale Aussagen umfasse.

Erstens müsse die nächste Erweiterung der EU mit einer Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit einhergehen. Besonders augenscheinlich werde dies bei Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, für die aktuell Einstimmigkeit erforderlich sei. Dieser Umstand erweise sich immer wieder als Hemmschuh, wie etwa jüngst bei den Entscheidungen zur Unterstützung der Ukraine. Zur Stärkung der Handlungsfähigkeit gehöre aus Sicht der EMK zudem die Schaffung eines Initiativrechts für das Europäische Parlament.

Zweitens seien laut EMK-Beschluss europäische Grundwerte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechte vor dem Hintergrund des Erstarkens europakritischer Parteien stärker zu schützen.

Drittens habe die EMK in dem Beschluss auf die spezifischen Belange der deutschen Länder hingewiesen. Es bestehe Einigkeit dahin gehend, dass eine Übertragung von Zuständigkeiten auf die EU im Bildungsbereich kritisch zu sehen sei und dass die Bundesregierung die Länder proaktiv in den Reformprozess einbeziehen solle. Auf Initiative des Europaministeriums sei dazu anschließend ein Antrag in den Bundestag eingebracht worden. Seit dem 5. Juli 2024 sei ein entsprechender Antrag Beschlusslage des Bundesrates.

Ein weiteres Schwerpunktthema der Konferenz sei die Zukunft der Kohäsionspolitik in der EU gewesen. Anlass der Befassung seien aktuelle Überlegungen der Europäischen Kommission, EU-Förderinstrumente wie die Strukturfonds stärker auf die nationale und die EU-Ebene zu verlagern. Mit ihrem Beschluss habe die EMK solchen Überlegungen zu einer Zentralisierung der Kohäsionspolitik eine klare Absage erteilt. Die Programmierung und Verwaltung der Mittel solle aus Sicht der EMK weiterhin auf regionaler Ebene stattfinden, wo die Bedarfe entstünden.

Staatssekretärin Benett-Sturies bestätigt auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Garg, dass das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU nur einstimmig geändert werden könne.

Auf eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Dr. Garg zu aktuellen Beitrittsverhandlungen erklärt die Staatssekretärin, dass diese auf der 95. EMK, die wenige Tage nach der Europawahl 2024 stattgefunden habe, nicht thematisiert worden seien. – Einer Anregung des Vorsitzenden Krüger folgend beschließt der Ausschuss daraufhin, die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) aus Schleswig-Holstein und Hamburg einzuladen, die jenen Fraktionen angehören, die im Landtag vertreten sind, um mit ihnen in einer Europaausschusssitzung im vierten Quartal 2024 unter anderem die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen für die Ukraine und Georgien zu erörtern.

Frau Stamme, Leiterin des Referats für Angelegenheiten der Europaministerkonferenz, erklärt auf eine Frage des Abgeordneten Timmer, dass sich eine Bund-Länder-Stellungnahme zur 95. EMK zurzeit in Vorbereitung befinde. Neben einem gemeinsamen Teil werde es einen Länder- und einen Bundesteil geben, um Meinungsverschiedenheiten zwischen den zwei Ebenen Rechnung zu tragen. Die Bund-Länder-Stellungnahme werde voraussichtlich bis zum Jahresende veröffentlicht.

In einem zweiten Berichtsteil zieht die Europastaatssekretärin eine Bilanz des gesamten schleswig-holsteinischen EMK-Vorsitzes beginnend mit der 93. EMK im Dezember 2023 in Brüssel. Im Wesentlichen sei dort über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sowie die Wettbewerbsfähigkeit der EU beraten worden. Die 94. EMK habe als zweite Konferenz unter schleswig-holsteinischen Vorsitz Mitte März 2024 in Lübeck stattgefunden. Die Veranstaltung sei von den Impulsen zahlreicher Wissenschaftler geprägt gewesen. Als prominenter Vertreter sei der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Professor Schularick, zu nennen. Die 95. EMK habe schließlich am 12. Juli 2024 in Berlin stattgefunden.

Dort habe ein Kaminesgespräch der Hausleitungen mit Altkanzlerin Dr. Merkel im Beisein von Ministerpräsident Günther stattgefunden. Ein solches Format stelle in der über 30 Jahre währenden Geschichte der EMK ein Novum dar. Über die Inhalte des von Staatssekretärin Benett-Sturges als intensiv beschriebenen, informellen Austausches mit der Altkanzlerin sei Vertraulichkeit vereinbart, doch sei es ihrer Auffassung nach gelungen, den Teilnehmenden den Mehrwert Europas für die europäischen Demokratien und Grundwerte wie die Freiheit ins Gedächtnis zu rufen. Zudem seien durch diese besondere Veranstaltung auch die Hausspitzen zu einer Teilnahme an der EMK bewegt worden.

Inhaltlich sei auf der 95. EMK die Frage künftiger EU-Beitritte diskutiert worden. Es sei in der aktuellen Situation zentral, Beitrittsbestrebungen auf dem Westbalkan zu unterstützen und so dafür zu sorgen, dass die europäische Allianz gestärkt werde. Darüber hinaus sei es der Landesregierung mit der Platzierung der Themen EU-Ostseestrategie sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark erstmalig gelungen, landesspezifische Schwerpunkte im Rahmen eines EMK-Vorsitzes zu setzen. Ein weiterer Erfolg sei zudem, dass es unter dem schleswig-holsteinischen Vorsitz nach vielen Jahren möglich gewesen sei, eine Geschäftsordnung für die EMK zu beschließen. Der EMK-Vorsitz gehe nun im Anschluss an Thüringen über.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Timmer zur ablehnenden Haltung der Landesregierung dazu, bildungspolitische Kompetenzen an die EU abzugeben, gibt Frau Stamme zu bedenken, dass bereits die Möglichkeit einer Koordinierung bestehe, indem die EU im Bereich Bildungspolitik Vorschläge unterbreite. Die EMK habe aber abgelehnt, Kompetenzen in der Bildungspolitik gänzlich auf die EU-Ebene zu verlagern. Es habe große Einigkeit dahin gehend geherrscht, dass zunächst ein intensiver Austausch erfolgen müsse, bevor die EU etwa zukünftig die Inhalte der Lehrpläne an den Schulen vorgebe.

Zu einer weiteren Nachfrage des Abgeordneten Timmer zur Rolle der EU in Fragen der Sozialpolitik führt Frau Stamme aus, dass es unterschiedliche politische Ansichten gebe, ob sozialpolitische Zuständigkeiten auf die EU-Ebene verlagert werden sollten. Traditionell seien CDU-geführte Ressorts eher zurückhaltend, wenn es etwa um die Einführung einer Europäischen Arbeitslosenversicherung gehe. Zu einer konkreten Formulierung, die im Beschlussentwurf gestanden habe, sei keine Einigung erzielt worden.

7. Bericht der Landesregierung über die Zusammenarbeit mit der chinesischen Partnerprovinz Zhejiang

Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)
[Umdruck 20/3429](#)

Nach Rücksprache mit dem Antragsteller, Abgeordneten Timmer, wird der Tagesordnungspunkt einstimmig vertagt.

8. Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2023/2024 (Ostseebericht 2024)

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/2206](#)

(überwiesen am 21. Juni 2024)

– Verfahrensfragen –

Europastaatssekretärin Benett-Sturies schickt ihren Ausführungen voraus, dass der Ostseeraum nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine neu in den Fokus gerückt sei. Der vorliegende Bericht zeige, wie umfassend das Engagement der Landesregierung im Ostseeraum sei. Das Handlungskonzept Ostseekooperation 2030 sei dabei das zentrale strategische Instrument. Dieses sei mit der sogenannten Kieler Erklärung aus dem August 2022 noch einmal konkretisiert worden. Im folgenden Sitzungsteil skizziert die Europastaatssekretärin einige zentrale Instrumente der Landesregierung bei der Gestaltung des Ostseeraums.

Durch die Übernahme des BWSC-Vorsitzes Anfang des Jahres 2024 und die damit zusammenhängende Ausrichtung der BWSC-Jahreskonferenz werde das Engagement der Landesregierung nicht nur in der Öffentlichkeit sichtbar. Das Netzwerk der Subregionen im Ostseeraum eröffne eine Möglichkeit, den Positionen der Landesregierung Gehör zu verschaffen. Zur BSW-Jahreskonferenz, die am 19. und 20. September 2024 in Kiel stattfinden werde, würden über 150 Teilnehmende aus dem gesamten Ostseeraum erwartet. Die Mitglieder des Europausschusses seien herzlich eingeladen, ebenfalls an der Konferenz teilzunehmen.

Ein weiteres wichtiges Instrument sei das Interreg-Ostseeprogramm. Die daraus erwachsenden Förderprogramme, darunter zahlreiche Interreg-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung aus den Bereichen soziale Resilienz und Lebensqualität, Schutz der Ostsee, Klimaneutralität und Wirtschaft, unterstrichen die aktive Rolle des Landes. Das Wasserstoffprojekt GREATER4H werde mit Fördermitteln von über einer halben Million Euro vorangebracht.

Auch im kulturellen Bereich engagiere sich die Landesregierung. So werde das erfolgreiche Projekt Kulturperlen der Ostseeregion im Rahmen der EU-Ostseestrategie fortgesetzt. Es sei im Handlungskonzept Ostseekooperation mit zahlreiche Aktivitäten zur internationalen Vernetzung im Bereich Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft abgebildet. In Kooperation mit dem Kultusministerium und dem Ostseekulturnetzwerk ARS BALTICA befänden sich bereits Projekte in Umsetzung.

Ein besonderer Schwerpunkt im Rahmen des BSSSC-Vorsitzes liege darauf, die Zusammenarbeit der Ostsee-Jugend zu stärken. Der Baltic Sea Regional Hackathon gehe am 24. Juli 2025 in eine zweite Runde. Erneut begegneten sich an der Universität in Lübeck über 50 junge IT-affine Menschen, die sich an drei Tagen intensiv zu IT-Fragen austauschten und zusammenarbeiteten.

Als ein weiteres wichtiges Ereignis nennt die Europastaatssekretärin die Fehmarnbelt Days. Diese würden im Jahr 2025 durch die Hansestadt Lübeck ausgerichtet. Das Europaministerium unterstütze die Vorbereitung der Fehmarnbelt Days intensiv mit dem eigenen Personal. Finanzmittel stünden in beschränktem Maße zur Verfügung. Verbunden mit einem Bürgerfest werde durch die Veranstaltung der Brückenschlag nach Skandinavien erlebbar gemacht.

Der Abgeordnete Timmer lobt den vorliegenden Bericht auch im Vergleich zu jenen, die die Landesregierung zuvor veröffentlicht habe. Der Ostseebericht 2024 sei reich an Informationen und ermögliche so, strategische Ansätze abzuleiten.

Abschließend regt Abgeordneter Timmer an, sich künftig einen ähnlichen Bericht zur Nordseekooperation erstellen zu lassen. Das Ausscheiden der Landesregierung aus der Nordseekommission bedaure er ausdrücklich. Die Argumentation der Landesregierung, dass die im Rahmen der Nordseekommission gefassten Beschlüsse keinen bindenden Charakter hätten, greife seiner Auffassung nach nicht. Der Ostseebericht 2024 sei ein Beleg dafür, dass auch mit nichtbindenden Beschlüssen politisch etwas zu bewegen sei.

9. Terminplan 2025

[Umdruck 20/3394](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Terminplanung und nimmt in Aussicht, im Rahmen der Fehmarnbelt Days eine auswärtige Sitzung durchzuführen. Zudem formuliert der Vorsitzende den Vorschlag, den Abgeordneten die Termine künftig zusätzlich als ICS-Termin zu schicken.

10. Information/Kennntnisnahme

[Unterrichtung 20/154](#) – Bundesratsinitiative Entschließung des Bundesrates für einen Ausbau der deutsch-polnischen Begegnungen

[Umdruck 20/3235](#) – Aktionen der Landesregierung zur Europawahl im Jahr 2024

[Umdruck 20/3334](#) – Antwort auf eine Nachfrage des Abgeordneten Timmer in der 23. Sitzung am 15. Mai 2024 zu [Umdruck 20/3100](#), betrifft Bundesratsdrucksache 46/24

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Vorlagen zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

Der Vorsitzende Krüger weist den Europausschuss darauf hin, dass am heutigen Tage im Rahmen des ECMI-Projekts eine Beamtengruppe aus Serbien erwartet werde, um sich mit den Ausschussmitgliedern über das Thema Minderheitenschutz und die Position des Landtags auszutauschen.

Der stellvertretende Referatsleiter des Europareferats im Landtag, Herr Petersen, sagt zu, den Ausschussmitgliedern schriftlich den Verfahrensstand sowie den zeitlichen Rahmen zur Vorbereitung des Resolutionsentwurfs zur PSO-Konferenz zuzuleiten.

Der Vorsitzende Krüger und die Mitglieder des Europausschusses danken der Ausschussgeschäftsführerin, Frau Reinke-Borsdorf, für die ausgezeichnete Organisation und Unterstützung bei der Ausschussreise nach Kopenhagen und Malmö im April 2024.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 14:05 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzender

gez. Nadine Otte
Geschäftsführung und Protokollführerin